

## **CH\_VB 87.033 vom 2. Juni 1987**

Bundesverwaltung, 1987-06-02, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch\\_vb\\_87.033](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_87.033)

FR: CH\_VB 87.033 du 2 juin 1987

IT: CH\_VB 87.033 del 2 giugno 1987

### **Erwägungen**

#### **E. 2**

Die meisten neuen Bereiche der Zusammenarbeit sind vorwiegend administrativer und technischer Natur, so dass neue Regelungen viel Zeit und Ausdauer erfordern.

#### **E. 3**

Frühjahrssession 1986 (21. bis 25. April 1986) Die wichtigsten Traktanden der Frühjahrssession 1986 waren: - «Fortschritte im Aufbau Europas»; - die Lage in der Türkei; -die libysche Krise; -Ansprache des israelischen Ministerpräsidenten Peres. A. «Fortschritte im Aufbau Europas» Generalsekretär Oreja hob einleitend den unentbehrlichen Beitrag des Europarates zum Schutz und zur Vertiefung des «europäischen demokratischen Raumes» und als Forum für den Dialog zwischen den zwölf EG- und neun Nicht-EG-Mitgliedsländern hervor. Ständerat Gadiant erwähnte die Erarbeitung einer europäischen Verkehrspolitik, für die ohne die Schweiz und Oesterreich keine vernünftige Lösung gefunden werden könne, als eine prioritäre Aufgabe des Europarates und wiederholte seinen Vorschlag vom Früh- jahr 1985 zur Schaffung einer Verkehrskommission im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung. Nationalrat Butty gab zu bedenken, dass sich Europa seit der Gründung des Europarates im Jahre 1949 in allen Berei- chen grundlegend verändert habe; er plädierte für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den zwölf und den neun im Rahmen des Europarates und sicherte diesbezüg- lich die Unterstützung der Schweiz zu. Nationalrat Pini forderte zwecks Bekämpfung des Terroris- mus eine engere Zusammenarbeit Europas mit den gemäs- sigten arabischen Staaten. Der Europarat solle hier die Initiative ergreifen. Ständerat Debétaz äusserte sich zum Vorschlag von Stände- rat Gadiant betreffend die Schaffung einer Verkehrskommis- sion eher skeptisch, meinte aber, der politische Wille sei vorhanden, im Rahmen der bestehenden Institutionen bei der Erarbeitung einer europäischen Verkehrspolitik Fort- schritte zu erzielen. B. Die Lage in der Türkei Der Berichterstatter der politischen Kommission kam zum Schluss, dass sich die Menschenrechtslage in der Türkei seit der Debatte vom Frühjahr 1985 weiter verbessert habe. Der Europarat solle die Demokratisierungsbemühungen in diesem Land weiterhin kraftvoll unterstützen und fördern. Eine weitere Debatte dränge sich nur im Falle einer sichtba- ren Verlangsamung des Demokratisierungsprozesses in der Türkei auf. Am gleichen Tag stimmte das Ministerkomitee mit 14 gegen

#### **E. 6**

Wintersession 1987 (26. bis 30. Januar 1987) Die wichtigsten Traktanden der Wintersession 1987 waren: - Dringlichkeitsdebatte über die Rheinverschmutzung nach dem Brand von Schweizerhalle; - Empfehlungsentwurf des Ministerkomitees über die Mili- tärdienstverweigerung aus Gewissensgründen; -Zukunft der europäischen Zusammenarbeit. A. Dringlichkeitsdebatte über die Rheinverschmutzung nach dem Brand von

Schweizerhalle Die Dringlichkeitsdebatte über die Folgen des Brandes von Schweizerhalle führte zu keiner einseitigen Verurteilung der Schweiz und der Basler Chemie. Im Vordergrund standen Appelle, nun endlich international harmonisierte Schutz- massnahmen technischer und rechtlicher Art einzuführen. Nationalrat Dupont bekräftigte im Namen der Schweizer Delegation den Willen der schweizerischen Behörden, die Verantwortung gegenüber den betroffenen Rheinliegern wahrzunehmen. Die Basler Chemie gebe zu, die Gefahren der Lagerung gefährlicher Substanzen unterschätzt zu haben, und werde die nötigen Massnahmen zur Verhütung weiterer solcher Katastrophen ergreifen. Massnahmen dieser Art müssten aber auf internationaler Ebene harmonisiert werden. Für Ständerat Dreyer gilt es jetzt auch, auf internationaler Ebene Lehren aus diesem Fall zu ziehen, um eine ähnliche Katastrophe zu verhindern und die Auswirkungen künftiger Unfälle - denn wir leben nicht in einer risikolosen Welt - unter Kontrolle zu behalten. Die internationale Zusammen- arbeit müsse sich auf den ganzen OECD-Raum erstrecken, damit die europäische chemische Industrie nicht durch amerikanische und japanische Konkurrenten, die nicht gleich strengen Regeln unterstehen, benachteiligt würde. Nationalrat Müller-Aargau plädierte auch für einen Neube- ginn. Er stellte die Frage, ob die demokratische Gesetzge- bungsmaschinerie, zumal in einer direkten Demokratie wie der unsrigen, im Umweltschutzbereich überhaupt noch mit der Entwicklung Schritt halten könne. Die einstimmige Versammlung richtete einen dringenden Appell an das Ministerkomitee, die seit 1974 blockierte Euro- päische Gewässerschutzkonvention endlich zu bereinigen und zur Ratifikation freizugeben. Die Versammlung forderte das Ministerkomitee auch auf, im Rahmen der europäischen Konvention für grenzüberschreitende Zusammenarbeit die Inbetriebnahme eines zuverlässigen Alarm- und Informa- tionssystems voranzutreiben, und empfiehlt ihm gleichzeitig die Ausarbeitung einer umfassenden europäischen Umwelt- schutzkonvention. Schliesslich werden die Mitgliedländer eingeladen, ihre eigenen Bestimmungen betreffend Produktion, Lagerung, Transport und Vernichtung chemischer Produkte sofort zu überprüfen und dem Europarat darüber Bericht zu erstatten. Damit soll die Ergreifung gemeinsamer Massnahmen ermöglicht werden.

B. Empfehlungsentwurf des Ministerkomitees über die Mili- tärdienstverweigerung aus Gewissensgründen Das Ministerkomitee des Europarates hat auf Initiative der Parlamentarischen Versammlung einen Empfehlungsent- wurf über Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen ausgearbeitet und diesen der Versammlung zur Stellung- nahme zugeleitet. Gemäss dem Wortlaut des Entwurfes hat eine Person, die aus zwingenden Gewissensgründen den bewaffneten Dienst ablehnt, Anspruch darauf, vom Militär- dienst befreit zu werden. Sie kann gehalten werden, einen zivilen Ersatzdienst zu leisten, der nicht Strafcharakter haben dürfe und im Verhältnis zur Militärdienstzeit von vernünftiger Dauer sein solle. Dienstverweigerer, die einzig den Gebrauch von Waffen ablehnen, können allerdings zur Leistung eines unbewaffneten Militärdienstes verpflichtet werden. Nationalrat Sager erinnerte an die Notwendigkeit der Zustimmung von Volk und Ständen für die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes in unserem Lande; die Einführung sei schon zweimal abgelehnt worden. Er erläuterte die histori- schen Gründe für unser Milizsystem und die bewaffnete Neutralität, zu der die Schweiz völkerrechtlich verpflichtet sei. Der Militärdienst werde damit zur nationalen Pflicht, könne aber auch ohne Waffen geleistet werden. Er bat um Verständnisfürdiesespezielle Lage; Rechtsharmonisierung in Europa dürfe nicht zur Nivellierung führen. Der Empfehlungsentwurf des Ministerkomitees wurde durch einige Zusatzanträge ergänzt, die aber bei Annahme eine

Gestion du Conseil fédéral 210 2 juin 1987 Erleichterung der Anerkennung als Dienstverweigerer zur Folge hätten. Nationalrat Müller-Aargau, obwohl Befürworter der Einführung eines zivilen Ersatzdienstes, enthielt sich der Stimme. Er begründete diese Haltung vor dem Plenum mit der Achtung vor den Entscheidungen des Schweizervolkes. C. Zukunft der europäischen Zusammenarbeit Nach dem Abschluss der Arbeiten der Colombo-Kommission (siehe Einleitung) beginnt jetzt die schwierige Phase der Verwirklichung der im Schlussbericht der Kommission enthaltenen Empfehlungen. Alle Redner waren sich einig, dass jetzt Taten folgen müssten, wobei eine gewisse Prioritätensetzung unausweichlich sein werde. Einige Empfehlungen, besonders im Zusammenhang mit der Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Europarat und der Europäischen Gemeinschaft, konnten schon verwirklicht werden. Ständerat Debétaz erwähnte hier zum Beispiel die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Parlamentarischer Versammlung und Europäischem Parlament bei der Organisation und Durchführung einer «audition parlementaire» betreffend «trains à grande vitesse» in Lüttich vom letzten Dezember. Weitere Bereiche der Zusammenarbeit betreffen die «Nord-Süd-Beziehungen» und die Agrarpolitik. Im April letzten Jahres haben die beiden Versammlungen in Villars-sur-Ollon gemeinsam eine Tagung zum Thema «Europäische Landwirtschaft im Jahre 2000» durchgeführt. Die Versammlung beschloss die Einsetzung einer kleinen Gruppe von Parlamentariern, die sich speziell für die Verwirklichung der Empfehlungen der Colombo-Kommission einsetzen soll. D. Verschiedenes Ständerat Gadiant legte den Tätigkeitsbericht des Büros und der Ständigen Kommission vor. Nationalrat Pini legte einen Bericht zum Thema «Flexibilität des Arbeitsmarktes» vor, der sich vor allem mit den politischen, gesellschaftlichen und sozialen Voraussetzungen und Auswirkungen einer grundsätzlichen Umwandlung des Arbeitsmarktes in Europa befasst. Die Versammlung forderte auch das Selbstbestimmungsrecht für die baltischen Staaten. Nationalrat Sager geisselte die sowjetischen Völker- und Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern. Man müsse immer wieder durch Kritik an der Besetzung dieser Länder und an den Menschenrechtsverletzungen auf eine Oeffnung der totalitären Gesellschaftsordnungen hinwirken. Im Anschluss an die Dringlichkeitsdebatte über den Krieg zwischen dem Iran und dem Irak forderte die Versammlung ein Waffenembargo und eine kooperative Haltung seitens der Kriegsparteien gegenüber den Friedensbemühungen des Uno-Generalsekretärs. Nach einer breitangelegten agrarpolitischen Debatte (Ständerat Gadiant war in Vertretung eines österreichischen Kollegen einer der Berichterstatter) verabschiedete die Versammlung zwei Empfehlungen: Der weltweiten Ueberproduktion und Bodenübernutzung solle zugunsten von mehr Qualität Einhalt geboten werden, wobei dem bäuerlichen Familienbetrieb ein hoher Stellenwert zugemessen wird. Ständerat Debétaz wies darauf hin, dass man in unserem Lande bereits dazu übergegangen sei, Qualität an Stelle von Quantität zu setzen. Um zu verhindern, dass solche Massnahmen nicht durch die Ueberschusspolitik anderer Länder wieder zunichte gemacht würden, wären internationale Absprachen notwendig. Der türkische Aussenminister Halefoglu gab der Versammlung bekannt, dass sein Land das Individualklagerecht für türkische Staatsangehörige vor der Europäischen Menschenrechtskommission anerkannt habe. Offen ist noch, ob die Türkei auch die Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes anerkennen wird. Nationalrat Cantieni griff in die Debatte über die Qualität und die Wirksamkeit des Schulunterrichts ein. Die Mandate der griechisch-zypriotischen Parlamentarier-Delegation wurden für den Rest der 38. Session validiert. Die Delegation muss ihre Mandate zu Beginn der 39. Session im kommenden Mai -zusammen mit allen anderen Delegationen - neu

validieren lassen, wobei die Erhebung eines neuen Einspruches nicht ausgeschlossen werden kann. Die Federführung für dieses Geschäft lag bei der von Nationalrat Butty präsierten Reglementscommission.

## E. 7

Vorstösse und Anregungen in den Eidgenössischen Räten betreffend den Europarat im Berichtsjahr 86.377 Interpellation Morf vom 19. März 1986. Europäisches Musikjahr. Folgeaktivitäten 86.422 Interpellation Gehen vom 21. März 1986. Internationale Fiskalpolizeikonvention 86.513 Interpellation de Chastonay vom 19. Juni 1986. Europäische Menschenrechtskonvention. Vorbehalte des Bundesrates 86.952 Postulat Eisenring vom 10. Oktober 1986. Gegenseitige Amtshilfe. OECD-Konventionsentwurf 86.983 Postulat Pini vom 1. Dezember 1986. Anerkennung von Diplomen in Europa  
Präsident: Es wurde bereits bei der Behandlung des vorangegangenen Geschäfts zu diesem Traktandum gesprochen. Werden hiezu noch Bemerkungen gemacht? - Sie haben damit von diesem Bericht Kenntnis genommen. An den Nationalrat - Au Conseil national #ST# 87.021 Geschäftsbericht des Bundesrates, des Bundesgerichtes und des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes 1986 Gestion du Conseil fédéral, du Tribunal fédéral et du Tribunal fédéral des assurances 1986 Bericht des Bundesrates vom 25. Februar 1987, des Bundesgerichtes vom 11. Februar 1987 und des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes vom 31. Dezember 1986 Rapport du Conseil fédéral du 25 février 1987, du Tribunal fédéral du 11 février 1987 et du Tribunal fédéral des assurances du 31 décembre 1986  
Beschlussentwurf siehe Seite 441 des Berichtes Projet d'arrêté voir page 441 du rapport Bezug durch die Eidgenössische Drucksachen- und Materialzentrale, Bern S'obtiennent auprès de l'Office central des imprimés et du matériel, Berne Masoni, Berichterstatter: Die Geschäftsprüfungskommission hat dieses Jahr bei der Prüfung des Geschäftsberichtes als Querschnittsthema die Auswirkungen der Bundestätigkeit auf die Kantone gewählt. Wir haben an einem Beispiel je Departement diese Frage näher verfolgt. Die Sprecher der Kommission werden darauf zu reden kommen, wo sich interessante Probleme gezeigt haben. Dieses Thema gehört ins Kapitel «Probleme der Rechtsanwendung», das der Bundesrat auf Wunsch der Geschäftsprüfungskommission im Bericht des EJPD neu eingeführt hat, ebenso wie das andere, ebenfalls auf Wunsch der GPK im Bericht neu aufgenommene Kapitel der Gesetzesevaluation. Es ist eine wichtige Aufgabe des modernen Sozialstaates, insbesondere des Bundesstaates, nach Wegen zu suchen, um über die Wirkung bestehender, geplanter oder verlangter Gesetze genauere und vollständigere Vorstellungen zu

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Delegation beim Europarat. Bericht Délégation auprès du Conseil de l'Europe. Rapport In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1987 Année Anno Band II Volume Volume Session Sommersession Session Session d'été Sessione Sessione estiva Rat Ständerat Conseil Conseil des Etats Consiglio Consiglio degli Stati Sitzung 02 Séance Seduta Geschäftsnummer 87.033 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 02.06.1987 - 08:00 Date Data Seite 206-210 Page Pagina Ref. No 20 015 612 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino

ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.